

AUS DEM STÄDTEBUND

Stabilere Gemeindefinanzen – jedoch noch unter dem Niveau vor der Finanz- und Wirtschaftskrise

Nach den vorsichtigen Prognosen der vergangenen Jahre kann leichte Entwarnung gegeben werden. Die Gemeinden und Städte haben es durch konsequente Konsolidierung geschafft, die Gemeindehaushalte zu stabilisieren. Das geht aus der aktuellen Finanzprognose für Städte und Gemeinden hervor, die das KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung im Auftrag des Österreichischen Städtebundes erstellte.

Entwicklung 2007 bis 2011

Die laufenden Einnahmen stiegen in den letzten fünf Jahren um rund 1,4 Mrd. Euro, die laufenden Ausgaben um 1,7 Mrd. Euro. Auf der Einnahmenseite haben die Ertragsanteile um rund 650 Mio. Euro, die gemeindeeigenen Steuern um 260 Mio. Euro sowie die Gebühren um 170 Mio. Euro zugenommen. Auf der Ausgabenseite stiegen jene für das Personal um 460 Mio. Euro, für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand um 440 Mio. Euro und die Transfers an Träger des öffentlichen Rechts (insbesondere an die Länder) um 675 Mio. Euro. Der Anstieg der Ertragsanteile in diesem Zeitraum floss umgehend über die Transfers wieder an die Länder zurück. Die steigenden Anforderungen auf kommunaler Ebene (z.B. steigende Leistungen im Kinderbetreuungsbereich) konnten durch die gemeindeeigenen Steuern und Gebühren nur teilweise abgedeckt werden, sodass zwischen

2007 und 2011 der Überschuss der laufenden Gebahrung um 0,3 Mrd. Euro von 1,6 auf 1,3 Mrd. Euro gesunken ist. Die Ertragskraft und damit auch das Investitionspotenzial der Gemeinden liegen nach der Wirtschaftskrise 2009 um rund 20 Prozent unter dem Vorkrisenniveau.

Vorschau bis 2016

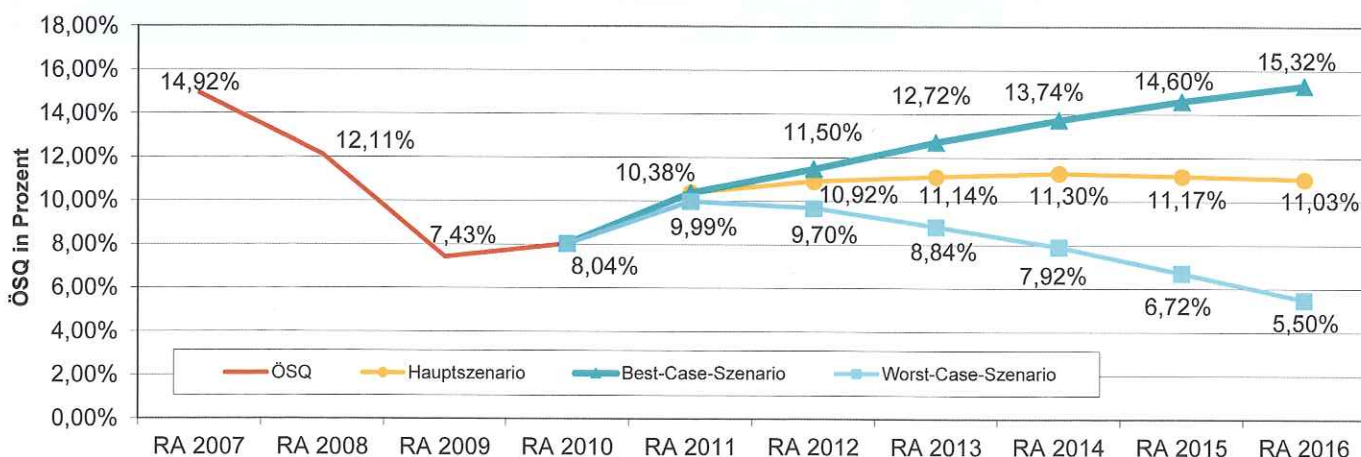
Für die nächsten Jahre werden folgende Veränderungen prognostiziert. Die Ertragsanteile sollten aufgrund des Konsolidierungspakets der Bundesregierung – trotz schwächerer Konjunktorentwicklung – zwischen 3,0 und 3,8 Prozent p.a. steigen. Bei den Personalaufwendungen wird aufgrund der zu erwartenden Gehaltsabschlüsse eine Zunahme von 1,0 bis 3,5 Prozent p.a. erwartet. Die Transfers an Träger des öffentlichen Rechts werden 2012, aufgrund der Wirkung des Pflegefonds, im Österreichschnitt voraussichtlich um 1,5 Prozent steigen, in den Folgejahren ist mit einer Zunahme von durchschnittlich 4,8 Prozent zu rechnen. Die gegenüber den letzten Jahren geringere Steigerung ist neben dem Pflegefonds auf geplante Reformen im Gesundheitsbereich durch die Länder zurückzuführen. Die Folge ist, dass bis 2016 die Ertragsanteile voraussichtlich um fast eine Mrd. Euro steigen werden, während die Transfers „nur“ um 750 Mio. Euro zunehmen. Folglich wird sich der Überschuss der laufenden Gebahrung im Jahr 2016 auf rund 1,5 Mrd. Euro belaufen, in realen Werten (unter Be-

rücksichtigung der Geldentwertung von rund 25 Prozent zwischen 2007 bis 2016) wird der Überschuss (in Form der öffentlichen Sparquote) mit rund 11 Prozent in den nächsten Jahren jedoch weiterhin unter den Werten von 2007 (15 Prozent) und davor liegen. Es kann daher von einer Stabilisierung der Gemeindefinanzen gesprochen werden, jedoch wird der finanzielle Spielraum um ein Fünftel bis ein Viertel unter den Werten vor der Finanz- und Wirtschaftskrise liegen.

Im Best-Case können wieder die Werte vor der Wirtschaftskrise erreicht werden. Dies erfordert jedoch Steigerungen der Ertragsanteile von mehr als 4 Prozent p.a. sowie eine Halbierung der Transferzuwächse im Vergleich zu den letzten Jahren, das wären maximal 3,5 Prozent p.a. Im Worst-Case gehen die Finanzspielräume weiter zurück. Dies kann dann eintreten, wenn die Ertragsanteile konjunkturbedingt um weniger als 3 Prozent p.a. steigen, sowie die Transfers an die Länder auch künftig um 6 Prozent p.a. zunehmen.

Resümee

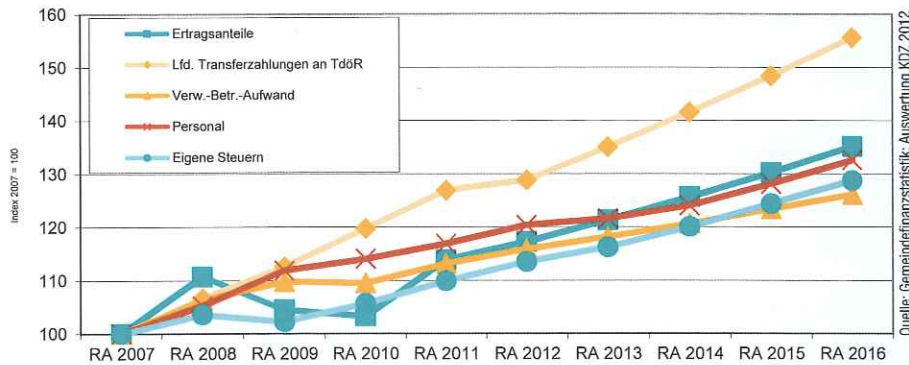
Mit einem Überschuss der laufenden Gebahrung von 1,4 bis 1,5 Mrd. Euro wird eine entsprechende Größe an Investitionen zu finanzieren sein, die jedoch real um rund 20 Prozent unter den Werten von 2007/2008 liegt. Von den Änderungen des Vorsteuerabzugs bei kommunalen Projekten sind Investitionen von jährlich rund 300 Mio. Euro



Quelle: KDZ - eigene Berechnung, April 2012

Übersicht 1: Entwicklung des Überschusses der laufenden Gebahrung in Prozent der lfd. Ausgaben.

AUS DEM STÄDTEBUND



Quelle: Gemeindefinanzstatistik, Auswertung KDZ 2012

Übersicht 2: Anstieg zentraler kommunaler Einnahmen- und Ausgaben Größen 2007 bis 2016.

betroffen. Die Zahl der Abgangsgemeinden wird rückläufig sein, jedoch werden auch in den nächsten Jahren rund 30 Prozent der Gemeinden ihren ordentlichen Gemeindehaushalt ohne strukturelle Änderungen nicht ausgleichen können. Die Ursache liegt darin, dass die Transfers in der 10-Jahres-Perspektive stärker steigen als die Einnahmen aus eigenen Steuern und Ertragsantei-

len. Folglich besteht weiter ein Reform- und Konsolidierungsbedarf. Dies erfordert ein Forcieren der Strukturreformen auf kommunaler Ebene durch umfassende Kooperationen (5 Gemeinden = 1 Verwaltung) bis zu Fusionen. Mit der Schaffung größerer Verwaltungseinheiten auf kommunaler Ebene ist auch die Frage der Bezirksverwaltungsbehörden zu klären. Diese könnten

auch in die größeren kommunalen Einheiten integriert werden. Das Transfersystem – v.a. zwischen Ländern und Gemeinden – ist zu reformieren. Statt der Vielzahl der Transfers und der Vermischung von Lastenausgleich für die Länder mit gleichzeitigem Ressourcenausgleich zwischen den Gemeinden (derzeitige Praxis der Krankenanstalten- und Sozialhilfetransfers auf Basis der Finanzkraft), sollte ein einfacheres System geschaffen werden, das auch dem Transparenzgebot der Nachvollziehbarkeit der Transferlasten folgt. Dies erfordert einen Ressourcenausgleich zwischen den Gemeinden zum Ausgleich der Finanzkraft bis zu einer bestimmten Höhe (jedoch nicht auf 100 Prozent des Durchschnitts, wie es derzeit häufig die Praxis ist) sowie einen Lastenausgleich, mit dem sozio-demographische, geo- und topographische sowie zentralörtliche Lasten abgegolten werden.

Mag. Peter Biwald, Mag. Manuel Köfel,
 KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung



www.hyponoe.at

WIR FINANZIEREN AUTOS. UND DIE STRASSEN, AUF DENEN SIE FAHREN.

Als Spezialist für Finanzierungen der öffentlichen Hand bietet die **HYPO NOE GRUPPE** maßgeschneiderte und individuelle Lösungen. Der ganzheitliche Ansatz für öffentliche Auftraggeber beginnt bei einer umfassenden Bedarfsanalyse mit kompetenter Beratung und reicht bis zur **professionellen Abwicklung inklusive zuverlässiger Projektrealisation**.

Über effektive Finanzierungskonzepte aus einer Hand - für die öffentliche Hand - informiert Sie der Leiter Public Finance & Corporates Austria, Wolfgang Viehauser, unter +43(0)5 90 910-1551 oder wolfgang.viehauser@hyponoe.at



**HYPO NOE
 GRUPPE**